

wird vom eigentlichen Skandal sowieso nicht geredet: vom beschädigten moralischen Anspruch der Regierung, vom Schweigen des Kanzlers, vom Vertrauensvotum der SPD-Fraktion für Wienand. Sondern da hört sich ein Parlamentsausschuß ohne richterliche Gewalt, in dem jedes Mitglied so oder so Partei ist, einander widersprechende Aussagen an, deren Widersprüchlichkeit er letztlich doch nur auf sich beruhen lassen kann. Da dekuivieren sich — durch schlichte Selbstdarstellung — allenfalls der Verfassungsschutz und der Geheimdienst als bürokratisierte Indianspielerei für Männer mit mancherlei Machtneurosen.

Da liefern sich Labile, Zukurzgekommene und Kompetenzschwache auf den Nebenkriegsschauplätzen einer moralisch längst verlorenen Schlacht ziemlich klägliche Rückzugsgefechte.

Neben dem Washingtoner Kronzeugen John Wesley Dean dem Dritten und seiner zweiten Frau Maureen, die schon vom Erscheinungsbild her immerhin für eine Broadway-Aufführung von „Hänsel und Gretel“ gut gewesen wäre, nehmen sich die Bonner Zeugen Hans-Joachim und Ellen Baeuchle eher wie Darsteller einer unverhofft auf Tournee geschickten schwäbischen Landesbühne aus.

Ellen Baeuchle gibt sich bald als treibende Kraft zu erkennen. Zwar dauert es ein paar Minuten, bis die Tontechnik ihre Stimme überall vernehmbar gemacht haben, denn die Frau Bürgermeister denkt gar nicht daran, sich (wie ihr Mann) zu den Mikrophonen vorzubewegen. Aber dann erzählt sie die Geschichte vom Ungemach ihres Gatten in Sachen Steiner mit hellwachem Sinn für deren materielle Implikationen. Es fehlt auch nicht ein Beiklang jener nie versagenden Angriffslust, mit der Frauen ihrer Observanz den unerhörten Lebenswandel der Nachbarn kolportieren. Es ist Ellen Baeuchle gewesen, die zuerst „eine Wut gehabt“ und Karl Wienand telephonisch Bescheid gestossen hat: „Meinen Mann habt ihr ja schwer verschaukelt“ — sie hätte nicht übel Lust, der Nation eine Geschichte zu erzählen, wie man Kanzler bleibt. Es ist Ellen Baeuchle gewesen, die — als auch dann die Partei den guten Diensten ihres Gatten gegenüber undankbar blieb — den Stein mit einem Anruf bei der Ulmer „Südwestpresse“ vollends ins Rollen gebracht hat.

Hans-Joachim Baeuchle hat auch dafür nur ein Achselzucken. Nein, er ist seiner Frau nicht böse deswegen. Und der Ärger mit der Partei? Wieder ein Achselzucken: „Wer weiß, wofür es gut und wofür es schlecht ist. Ich muß mit meiner Frau leben und nicht mit der Partei.“

Die Frau jedenfalls ist schon die zweite.

FDP

Grüße vom Meer

Mit einer neuen Parteiorganisation und einer neuen Marketing-Strategie will die FDP künftig ihre Ideen unters Volk bringen.

Der scheidende Manager der Liberalen hinterließ seiner Partei ein Vermächtnis für den weiteren Aufstieg. Joachim Stancke, noch amtierender Bundesgeschäftsführer der FDP, empfahl: „Die Partei muß wie eine x-beliebige Käsefabrik geführt werden.“

Ob FDP-Politik künftig tatsächlich wie Emmentaler an den Mann gebracht werden soll, hat Anfang dieser Woche der nach Bonn einberufene Bundesvorstand zu entscheiden. Er wird prüfen, was von den Ideen Stanckes, der Ende des Jahres von dem Scheel-Vertrauten Harald Hofmann abgelöst wird, verwertbar erscheint.

Der Jurist, der „die Methoden des modernen Managements auf die Partei übertragen“ möchte, hat sich gut vorbereitet. In einem blauen Ordner abgeheftet, liegen parat: eine Organisationsstudie seiner Bundesgeschäftsstelle, ein Refa-Rationalisierungspapier, ein Marketing-Konzept der Deutschen Treuhand-Unternehmensberatung GmbH und ein Schema der Quickborner Metaplan-GmbH über die „Realisierung der Organisationsreform“.

Teure Gutachten kann sich die Partei leisten. Nach Jahren der Existenznot am Rande der tödlichen fünf Prozent genießen die Liberalen nun ihren Wiederaufstieg. Nicht nur die Spenden fließen wieder reichlicher. Auch hat es die FDP (Wahlergebnis 1972: 8,4 Prozent) in der Wählergunst nach neuesten Umfragen inzwischen auf elf Prozent gebracht und fast ein Drittel des CDU/CSU-Anteils (37 Prozent) erreicht. (Die SPD führt jetzt, laut Emnid, mit 51 Punkten.)

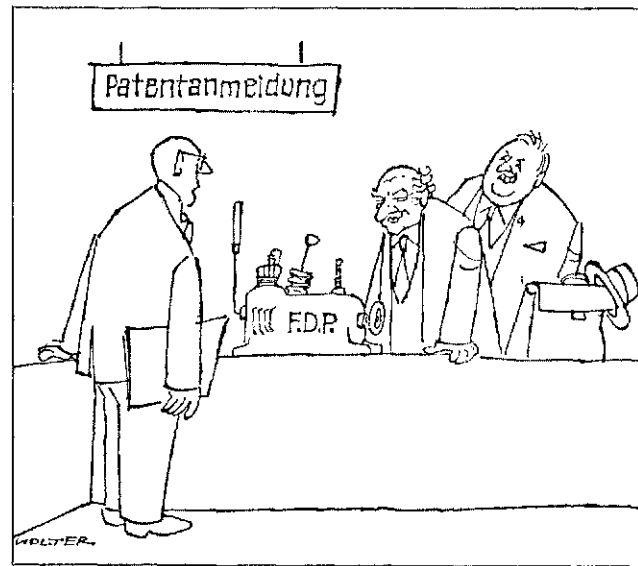
Eine Reform der antiquierten Parteistruktur soll, nach dem Willen der FDP-Oberen, diesen Besitzstand sichern und ausbauen. Generalsekretär Karl-Hermann Flach: „Die Organisation ist unserer steigenden Bedeutung nicht mehr gewachsen.“

Die Mängel beginnen beim Mobiliar. „Die zur Verfügung stehenden Arbeitsgeräte sind altertümlich und unrationell“, heißt es in Stanckes Studie. „Die nicht selten in kaum gepflegten Hinterzimmern domizilierenden Geschäftsstellen“ entbehren „jeder Modernität und Dynamik“; ihr Zustand sei „bürokratisch“ und mithin „den gewünschten

FDP-Assoziationen jung, modern, progressiv diametral entgegengesetzt“.

Zentralisierung, so steht es im Stancke-Konzept, soll Abhilfe schaffen. Die Bundesgeschäftsstelle, bisher in einem alten Sanatoriumsgebäude im Bonner Talweg daheim, wird in einen Neubau mit beweglichen Wänden verlegt und zu einer politisch-organisatorischen Führungszentrale ausgebaut. Statt wie bislang die Partei bloß zu verwalten, soll das Bonner Büro künftig der Parteilarbeit selbst neue Impulse geben und Parteifreunden wie Sympathisanten mit modernen technischen Hilfsmitteln zur Hand gehen.

Die alte Adrema wird durch einen Computer ersetzt, in den alle soziologischen Merkmale der liberalen Anhängerschaft eingefüttert werden. Ausgewählte Zielgruppen können dann innerhalb weniger Stunden individuell ange-



Stuttgarter Nachrichten

„Sie müssen sich jetzt aber entscheiden, ob ich Ihre Erfindung als ‚treibende Kraft‘ oder als ‚bremsendes Element‘ registrieren soll.“

sprochen und informiert werden, und niemand mehr wird Sympathisanten der FDP noch auf die herkömmliche Art ausfindig machen müssen, wie sie der Stuttgarter FDP-Chef Karl Moersch beschreibt: „Wir gingen zum Pfarrer oder Gemeinderat, um zu hören, wer FDP-verdächtig ist.“

Um die „liberale Öffentlichkeit zu organisieren“ (Stancke-Papier), soll das Bundesgebiet künftig in vier Zentralregionen eingeteilt werden. Vier Zentralbeauftragte, die allein dem Bundesgeschäftsführer unterstehen, sollen dann unter Einsatz mobiler Teams die FDP-Klientel betreuen. Geplant ist auch eine liberale Führungsakademie zur Schulung des Funktionärskorps, die „zugleich den Einfluß der Bundesführung entscheidend zu stärken“ (Stancke-Papier) imstande wäre.

In einem „Vermerk für Herrn Bundesaußenminister Scheel“ entwickelten

die Zentralisten auch schon detaillierte Vorstellungen für eine liberale Halbmonatszeitung: rheinisches Format, erste Seite zweifarbig, vier Redakteure, zwei Sekretärinnen. Geschätzte Kosten: 1 076 360 Mark im ersten Jahr.

Auf dem Umweg über ein Zwangsabonnement für alle Mitglieder hoffen die Planer zudem einen Uralt-Traum der Parteispitze „sozusagen beiläufig“ zu realisieren — den zentralen Einzug der Mitgliedsbeiträge. Zugleich soll in Bonn eine zentrale Mitgliederkartei eingerichtet werden.

Schon bei der ersten Beratung der Reformvorhaben im Präsidium, das vor zwei Wochen auf Schloß Gymnich tagte, regte sich Widerstand gegen die Bonner Planspiele. Einige Landesgrößen wie etwa die bayrische Hildegard Hamm-Brücher, befürchten, die neue Technik könnte zu Manipulationen mißbraucht werden.

Andere, mächtigere Landesverbände wie etwa Nordrhein-Westfalen bangen um ihren Einfluß. Denn bislang errechneten die Provinz-Organisationen vor Bundesparteitag die Zahl ihrer Delegierten selber — nach Mitgliedskarteien, die nur ihnen zugänglich waren. Wenn aber die Zentrale die Mitgliederlisten verwaltet, wird auch in Bonn über den Delegiertenschlüssel mitentschieden.

Einig dagegen ist sich das Parteipräsidium, daß FDP-Politik künftig wie eine Ware verkauft werden soll — nach der Marketing-Strategie der Deutschen Treuhand-Unternehmensberatung. Sie empfiehlt der Partei „bewußte Orientierung an Abnehmer-Typen und strategische Beeinflussung des Marktes“. Drei Marketing-Experten sollen das Angebot aus dem liberalen Warenhaus unter die Leute bringen.

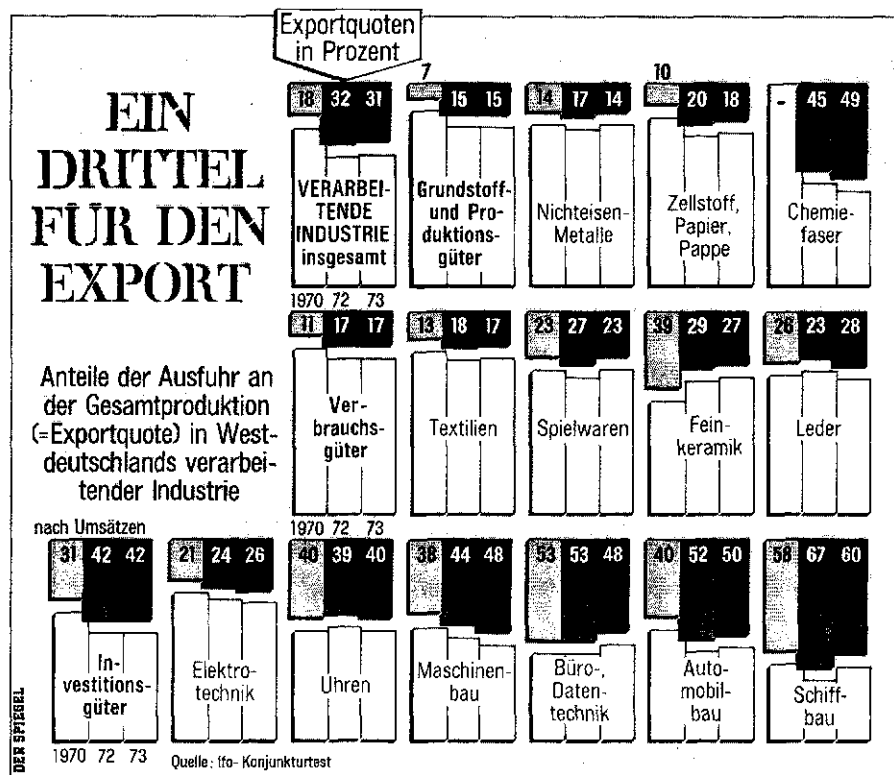
Selbst im Urlaub will die FDP künftig ihre Kunden nicht aus dem Griff lassen. Im Mittelmeer, wo die Deutschen in der Sonne grillen, möchte sie einen Piratensender aufbauen, der vom offenen Meer aus die Küsten bestrahlt: mit Musik, Suchmeldungen und schönen Grüßen von Walter Scheel.

WÄHRUNG

Große Besorgnis

Ende vergangener Woche stürzte der Dollarkurs so abrupt, daß neue Wechselkursänderungen ins Gespräch kamen. Trotz der ständigen Währungsunruhe blieb Deutschlands Exportindustrie bisher unerschüttert.

Bundesfinanzminister Helmut Schmidt gab sich entspannt. Als der oberste Bonner Währungsherr am vergangenen Dienstagnachmittag — vier Tage nach der jüngsten Markaufwertung um 5,5 Prozent — den US-Botschafter Martin Hillenbrand in seinem



Amtszimmer zu Besuch hatte, prophezeite der Deutsche dem Amerikaner mit ironischem Lächeln: „Sie werden sehen, nächstes Jahr werten wir die Mark ab.“

Die Schmidt-Prognose war voreilig. Denn nach einem neuerlichen Kurssturz des Dollar am vergangenen Freitag schlossen Bonner Währungsexperten am Wochenende im Gegenteil eine weitere Mark-Aufwertung nicht aus.

Abrupt sackte die US-Waluta am Freitag von 2,35 auf unter 2,30 Mark. Der Kurs-Einbruch brachte den Devisenmarkt so durcheinander, daß westdeutsche Großbanken den Handel mit dem amerikanischen Geld beim Tiefstkurs von 2,22 einstellten: Die Mark wurde wieder teurer.

Schon nach der Aufwertung in der vorvergangenen Woche hegte Schmidt Zweifel, ob die ständige Verteuerung deutscher Exporte nicht dazu führen könnte, daß die heimische Konjunktur plötzlich umschlägt. Schmidt: „Die Besorgnis wird immer größer.“

Bislang war die Furcht jedoch unbegründet. Auch Helmut Schmidt wundert sich, daß Westdeutschlands Unternehmer den Aufwertungen zum Trotz immer mehr Waren jenseits der Grenzen absetzen können und damit den preistreibenden Exportboom stets von neuem anheizen. Schmidt ratlos: „Das hat etwas Unheimliches an sich.“

„Die letzte Aufwertung“, so beobachtete Ludwig Poullain, Chef der Westdeutschen Landesbank, „nimmt kaum jemand zur Kenntnis. Man ist dabei, gute Aufträge einzusammeln, und möchte sich dabei nicht stören lassen.“

Landauf, landab haben Deutschlands Unternehmer neue Export-Rekorde fest eingeplant. Der Nürnberger Büromaschinen-Hersteller Triumph-Adler etwa verkündete jetzt, daß er seinen Exportanteil von 60 Prozent im vergangenen Jahr auf 65 Prozent in diesem Jahr steigern werde. Und der Kölner Stahlhändler Otto Wolff von Amerongen freut sich über den „großen Exportstoß in der Stahlindustrie“. Wolff: „Wer hätte das noch im Oktober geglaubt.“

Schon heute schätzen die Experten im Wirtschaftsministerium, daß die bundesdeutsche Industrie 1973 insgesamt für mindestens 23 Milliarden Mark mehr auf den Weltmärkten verkaufen wird, als deutsche Importeure aus anderen Ländern holen. 1972 betrug der Überschuß 20,3 Milliarden.

Inländische Anbieter wie ausländische Käufer unterliefen die Strategie der Währungspolitik vom Rhein. Verblüfft registriert Finanzminister Schmidt: „Die Leute bestellen einfach Maschinen in Esslingen, die gucken gar nicht auf den Preis.“

Otto Schlecht, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, hat beobachtet, daß „Produkte made in Germany“, vor allem Anlagegüter wie Maschinen oder Fertigungsanlagen, von den Auslandskunden noch „wegen des guten Service und der hohen Spezialisierung“ nicht durch billigere ersetzt werden können.

Zudem hat die deutsche Großindustrie sich im westlichen Ausland kräftige Exportorganisationen aufgebaut, die mit den Waffen der Absatzförderung und der Preisdifferenzierung Verände-